

Israelische Politik

Jüdische Loyalitäten

Die Hoffnung der Regierung Netanjahu, die illegale und menschenrechtswidrige Siedlungspolitik ungehindert weiter, ist für einen zynischen Realpolitiker möglicherweise berechtigt. Aber die Hoffnung, die Palästinenser würden als Bürger minderberechtigt bleiben oder gar eines Tages resigniert das Land verlassen, wäre bei einer heute hellwachen Weltgesellschaft abenteuerlich.

Von Micha Brumlik

Allen deutlichen Worten des neugewählten US-amerikanischen Präsidenten zum Trotz bewegt sich die Regierung Netanjahu in der Sache überhaupt nicht – die abgepresste Aussage, man könne unter bestimmten Umständen einen Palästinenserstaat akzeptieren, ist das Papier nicht wert, auf dem die entsprechende Presseerklärung zu lesen war. Netanjahu wieder und wieder betonte Haltung, man müsse dem „natürlichen Wachstum“ der Siedlungen im Westjordanland seinen Raum lassen, ist gar nicht anders zu verstehen denn als deutliche Versicherung, dass es keinen substanziellen Rückzug aus dem besetzten Westjordanland geben werde. Wie alle anderen israelischen Regierungen vor ihm wiegt sich auch das Kabinett Netanjahu in der gar nicht so falschen Zuversicht, dass jeder Tag, an dem die Siedlungen nicht zurückgeführt werden, zu ihrer endgültigen Verstärkung beiträgt.

Das mag durchaus realistisch sein, läuft aber im Endeffekt auf nichts anderes hinaus als auf die Selbstzerstörung des zionistischen Projekts von einem hegemonial jüdischen Staat. Denn in Zeiten der Globalisierung und einer hellwachen Weltgemeinschaft lässt sich weder darauf hoffen, dass die Palästinenser das Westjordanland verlassen, noch, dass sie dort auf unabsehbare Zeit als Bürger zweiter und dritter Klasse leben werden. Die aufrechterhaltene und fortgeführte Siedlungspolitik führt mit eiserner Logik zu genau dem, was die allermeisten – keineswegs alle – zionistischen Parteien nie wollten: zu einem binationalen Staat. Diese paradoxe Logik gilt es nachzuzeichnen.

DIE ZIONISTISCHE IDEE Tatsächlich ist der Staat Israel in seiner heutigen Form als jüdischer Staat Ausdruck des staatsbildenden Zionismus, der spätestens im Jahr 1948 in Theorie und Praxis obsiegt gegenüber dem Kulturzionismus, der keinen Nationalstaat, sondern ein kulturell geistiges Zentrum gründen wollte, (Brumlik, *Kritik des*

Zionismus, 2007). Die Weltanschauung des siegreichen, staatsbildenden, politischen Zionismus hat zwei miteinander verflochtene, aber nicht aufeinander reduzierbare Wurzeln: hier den europäischen Antisemitismus, der sich zur Entstehungszeit des Zionismus im westlichen Europa in Form gesellschaftlicher Diskriminierung, im russischen Reich hingegen in Form wiederkehrender Segregationen und Pogrome äußerte, dort jedoch den vor allem in Deutschland etwa von Herder und Fichte entworfenen romantischen Nationalismus, der in der Nation vor allem eine kulturelle Herkunftsgemeinschaft sah, während das Staatsdenken der Aufklärung, vor allem des republikanischen Frankreich und den revolutionären USA, in der Nation eine auf Zukunft setzende Bürger- und Rechtsgemeinschaft jenseits ihrer Herkunft sieht. Auf dieser Grundüberzeugung aufbauend und aufgrund verschiedener antisemitischer Wellen im europäischen Raum, einschließlich des nationalsozialistischen Antisemitismus, wanderten in den Jahren zwischen 1890 und 1948 alles in allem etwa sechshunderttausend Juden ins zunächst osmanische Millyet Falestin, dann ins britische Völkerbundsmandat Palästina ein. Dort etablierten sie ein ebenso urbanes wie vor allem sozialistisches substaatliches Gemeinwesen, das von Anfang an in Konflikt mit den in Palästina lebenden Arabern lag.

DIE IDEE ENTSPRANG NICHT DEM HOLOCAUST Die Entstehung dieses Gemeinwesens und seine 1948 abgeschlossene Gründung als Staat ist übrigens – entgegen anderslautenden Legenden – keine Reaktion auf den Holocaust. Vielmehr gilt historisch: Der Staat Israel ist nach dem Holocaust, aber nicht wegen des Holocaust entstanden. Sogar wenn Juden bereits in den 1920er und frühen 1930er Jahren, was siedlungsgeografisch und ökonomisch unmöglich war, ins britische Mandat Palästina eingewandert wären, hätte das den Massenmord an den Juden nicht verhindern kön-

nen. Dass der Jischuw (die jüdische Bevölkerung in Palästina vor der Staatsgründung) den Zweiten Weltkrieg überstand, ist allein dem Umstand zu verdanken, dass General Montgomery das deutsche Afrikakorps unter Feldmarschall Rommel 1942 bei El Alamein zum Stehen brachte. Der Staat Israel ist demnach – und das ist für die Frage jüdischer Identitätsbestimmung von entscheidender Bedeutung – weder die Folge des Holocaust, noch hätte eine frühere Staatsgründung die Massenvernichtung der europäischen Juden verhindern können. Gleichwohl: Der Staat Israel wurde von den UN legal durch den Teilungsplan vom November 1947 völkerrechtlich ins Leben gerufen, um am Vorabend des Kalten Krieges einen absehbaren internationalen Krisenherd zu entschärfen. Der Teilungsplan wäre ohne die Sowjetunion Stalins und ihrer Satelliten nicht zustande gekommen, und er diente tatsächlich auch dem Zweck, den sowjetischen Einfluss in der Region gegen das niedergehende britische Empire dauerhaft zu etablieren.

DAS PALÄSTINENSISCHE FLÜCHTLINGSPROBLEM UND DIE ZWEITE STAATSGRÜNDUNG Dementsprechend war auch der Unabhängigkeitskrieg des Jahres 1948 nicht der Kampf eines Davids gegen fünf Goliathe, sondern ein Krieg, in dem sich die weitaus besser ausgebildete und motivierte, bald mit tschechischen Waffen ausgerüstete israelische Armee gegen arabische Armeen behauptete, denen es – mit Ausnahme der transjordanischen, von Briten geführten „Arabischen Legion“ – an jeder militärischen Professionalität fehlte. Gegen diese Armee, die „Arabische Legion“, führte Israel einen (wenn auch blutigen) Scheinkrieg: Gemäß den hinter den Kulissen geführten diplomatischen Verhandlungen zwischen Israel und Transjordanien ging es um die Aufteilung des aufgegebenen britischen Mandatsgebiets. Auf jeden Fall: 1947 erfolgte der völkerrechtlich illegale, aber nach dem im Herbst 1947 ausbrechenden „Bürgerkrieg“ zwischen Juden und Arabern im britischen Mandat Palästina nachvollziehbare Angriff von fünf arabischen Staaten gegen Israel; er bot Israel die Chance, ein zusammenhängendes Staatsgebiet zu erobern, siebenhunderttausend Palästinenser gezielt zu vertreiben, sich ihres Eigentum an Grund und Boden, ihrer Ernte und anderer Habe zu bemächtigen, die Vertreibung durch ein Rückkehrverbot zu besiegeln und das so gewonnene Eigentum jüdischen Neueinwanderern zuzuweisen (Morris, *The Birth of the Palestine Refugee Problem*, 2004).



*Das gelobte Land vor Augen:
Theodor Herzl auf seiner Palästina-Reise 1898*

Den Juden in der Diaspora, die sechs Millionen Tote zu betrauern hatten und einer seelischen Kompensation für jene unfassbaren Verluste und Traumata bedurften, erschien die Entstehung des Staates Israel den kontingenten Umständen seiner Entstehung zum Trotz wie ein Wunder, so dass die Entstehung Israels oft nach Maßgabe eines theologischen Deutungsmusters verstanden wurde: Tod und Auferstehung. Das Trauma der Vernichtung wiederholte sich für Juden in aller Welt im Juni 1967, als vor allem Ägypten und Syrien damit drohten, Israel zu vernichten – der Waffengang im Juni 1967 führte jedoch tatsächlich dazu, dass Israel den Sinai, Gaza, das Westjordanland und die Golanhöhen nicht nur eroberte, sondern in den Jahren darauf Zug um Zug besiedelte. Wurde der Staat Israel 1948 gegründet, so vergingen zwanzig Jahre bis zum Juni 1967 – seitdem beherrscht der Staat Israel völkerrechtswidrig den östlichen Teil Jerusalems und das Westjordanland. Sechzig Jahre Staat Israel, das heißt eben auch: vierzig Jahre Besatzungsherrschaft – eine, wenn man so will, diesmal völkerrechtswidrige zweite Staatsgründung.

PREKÄRE LOYALITÄT UND RELIGIÖSE BINDUNG Gleichwohl bindet der Staat Israel bis heute, unabhängig von seinem Tun und Lassen – die Loyalität eines noch immer großen Teils von Jüdinnen und Juden auf der ganzen Welt: Sechzig Jahre nach seiner Gründung stellt der Staat Israel für die überwiegende Mehrzahl religiös immer schwächer gebildeter Juden in der Diaspora gleichwohl ein starkes, identitätsbildendes Element dar, das umso stärker wirkt, je geringer ihre Bereitschaft ist, selbst dort zu leben. Nationales Empfinden erweist sich somit in vielen Fällen als Ersatzreligion der diasporisch lebenden Juden, deren Identitäts-

bestimmung schwankt zwischen der Zugehörigkeit zu einer modern verstandenen Konfession, einem ethnischen Selbstverständnis, der aufgebürdeten Zugehörigkeit zu einer Schicksalsgemeinschaft und der Zugehörigkeit zu einer „Kultur“. Der Bezug auf das Land Israel – das nicht identisch mit dem Staat Israel ist – ist indes im jüdischen Glauben zumal nach dem Holocaust, anders als noch vor 1933, unverzichtbar. Damals propagierte vor allem das Reformjudentum die Tilgung aller Gebete um Rückkehr zum Zion aus seinen Gebetsbüchern, weil es die Zerstreung als eine von Gott gewollte Mission deutete, ein Volk von Priestern und eine Leuchte unter den Völkern zu sein. Das gleiche Reformjudentum nannte seine Bethäuser auch nicht mehr „Synagoge“, sondern „Tempel“, weil es bekannte, dass überall dort, wo Juden im Gebet zusammenkamen, eine Stätte war, die an die Stelle des Jerusalemer Tempels getreten war (Meyer, *Response To Modernity*, 1988). Unterdessen ist jedoch deutlich geworden, dass das im Tenach, den Heiligen Schriften verheißene „Land Israel“, „Erez Israel“, für den jüdischen Glauben von unverzichtbarer Bedeutung ist. Die reformjüdische Lösung, die Bitte um die Rückkehr Gottes und Israels zum Zion aus den Gebetsbüchern zu streichen, wurde dem historisch gewachsenen rabbinischen Judentum nicht gerecht. Tatsächlich diskutierten schon die Rab-

biner des dritten und vierten Jahrhunderts heftig über das Verhältnis von Land Israel und Erfüllung der göttlichen Weisungen und waren sich uneinig darüber, ob diese Weisungen nur im Lande Israel richtig erfüllt werden können oder ob die Rückkehr Gottes und seines Volkes zum Zion nicht Ausdruck endzeitlicher, nicht mehr der historischen Zeit zugehöriger Erlösung sein werde.

Gleichwohl: Da weder die Autoren der hebräischen Bibel noch die Stimmen des Talmud einen Begriff vom modernen Nationalstaat hatten, verbietet sich heute jeder vor allem von den nationalreligiösen Siedlern im Westjordanland begangene Versuch, die Geschichte des Zionismus und der Entstehung des Staates Israel in theologischen Kategorien zu fassen oder gar als Ereignis einer Heilsgeschichte zu sehen. In der historischen Rückschau zeigt sich: Der Zionismus war ein Nationalismus und gehört damit dem zu Ende gehenden Zeitalter nationalstaatlicher Organisation von Gesellschaften an. In der gegenwärtig entstehenden Weltgesellschaft erweisen sich alle Nationalstaaten, von denen beinahe täglich neue (wie etwa der kosovarische Staat) gegründet werden, als ihrer vorherigen Kernaufgaben – zugunsten transnationaler Organisationen wie der EU – entkleidete Gebilde, die keinem anderen Zweck dienen, als die symbolischen Bedürfnisse ihrer Bürger zu bedienen.

Vertreibung der Palästinenser aus Al-Naqba 1948



Vertreibung palästinensischer Demonstranten in Bil'in 2005



DER STAAT ISRAEL: RETTER ODER GEFAHR? Das zeigt sich ein weiteres Mal im Bezug des diasporischen Judentums auf den Staat Israel, der seiner Idee nach einmal als „Lösung der Judenfrage“, genauer als Rettungsinstitution vor dem Antisemitismus erdacht wurde. Indes: Dieses Ziel hat sich in sein Gegenteil verkehrt: Tatsächlich sind Leib und Leben von Juden heutzutage nirgends so gefährdet wie in Israel und den besetzten Gebieten. Gleichwohl besteht die nach wie vor vielgehörte, kaum je der Sache nach begründete Meinung, dass nur der Staat Israel den Juden der Diaspora ein Leben in Würde garantieren könne. Dem korrespondiert umgekehrt der auffällige Umstand, dass etwa 30 Prozent der israelisch-jüdischen Staatsbürger inzwischen den Pass eines weiteren Landes besitzen und dem Vernehmen nach die Schlangen vor den Konsulaten von EU-Ländern nicht eben kürzer werden.



Ilija Iefimowitsch Repin, 1870; Galerie Trefjakow, Moskau

Jeremias' Klage über den Untergang Jerusalems

Die Juden im Staat Israel und die Juden diasporischer Gemeinschaften in der transnationalen Welt stehen somit zueinander in einem eigentümlich gebrochenen Verhältnis: Einerseits gilt, aus theologischen Gründen, nach wie vor: „Kol Israel Chaverim“, das heißt, dass alle Glieder des von Gott zu seinem Dienst und damit dem Dienst an allen Menschen und Völkern der Welt berufenen Volkes eine Verantwortungsgemeinschaft bilden und vor Gott füreinander sowie für jene diasporischen Gemeinschaften einzustehen haben, in denen sie leben. „Wa dirschu et schalom ha ir“ (Suchet der Stadt Bestes), so gibt der Diaspora-Prophet Jeremias (29,7) Gottes Weisung wieder.

Andererseits ist im Zeitalter der Moderne ernstzunehmen, dass sich ein Teil dieses Volkes die politische Form einer souveränen Staatsnation gegeben hat und damit für sich und seine Existenzweise in politischer Hinsicht selbst verantwortlich ist und bleibt. Weder kann der Staat Israel in besonderer Weise die Verantwortung für das Leben von Diasporajuden übernehmen, noch haben Diasporajuden eine besondere moralische oder politische Funktion, die Politik des demokratischen Souveräns in Israel entweder besonders zu verteidigen oder zu kritisieren. Das hat niemand präziser ausgedrückt als der israelische „nation builder“ David Ben Gurion, als er im Jahr 1949 vor allem im Bezug auf die jüdische Gemeinschaft in den USA Folgendes zu Protokoll gab:

„Kein Jude der Diaspora, sei er Zionist oder nicht, kann der Regierung Israels angehören. Der Staat ist souverän, und sein Regime, seine Verfassung und seine Regierung werden einzig durch den Willen seiner Bürger bestimmt. (...) Andererseits repräsentiert der Staat Israel weder die jüdische Bevölkerung in der Welt noch ist die israelische Regierung berechtigt, im Namen des Weltjudentums zu sprechen. (...) Ein Jude, der im Staat Israel lebt, besitzt kein höheres Recht, sich mit jüdischen Angelegenheiten zu befassen, als jeder Jude aus anderen Teilen der Welt.“ (Segev, *Die ersten Israelis*, 2008)

ENTSCHEIDUNG IN DEN USA Es wird sich in den nächsten Jahren der Präsidentschaft von Barack Obama zeigen, ob und wie sich das in der Frage eines künftigen Palästinenserstaates heute schon gespaltene US-amerikanische Judentum mit seinem zwar noch vorhandenen, indes unaufhaltsam schwindenden Einfluss in diesem Punkt verhalten wird – verglichen damit sind die Einlassungen etwa des Zentralrats der Juden in Deutschland weitestgehend unerheblich. Als historische Erfahrung kann allenfalls notiert werden, dass sich der Zentralrat noch nie gegen Maßgaben der Bundesregierung gestellt hätte – die Umarmungen von Jassir Arafat und Ignatz Bubis sind in noch lebhafter Erinnerung. ✖